

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 50.

Charlottenburg, Freitag, den 13. Dezember 1918.

Jahrg. 45.

Verständigung über unsere Forderungen angebahnt.

In Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Unternehmerverbände:

1. Verband Deutscher Porzellanfabriken,
2. Verband Deutscher Luxusporzellanfabriken,
3. Vereinigung der elektrotechnischen Fabriken Süd-Thüringens und Oberfrankens

und Vertretern des Verbandes der Porzellanarbeiter

am 5. Dezember in Berlin stattfanden, wurde vereinbart:

Die Vertreter der genannten Unternehmerverbände werden ihren Mitgliedern folgendes zur Annahme empfehlen:

1. Einführung des Achtstundentages.
2. Die Porzellan- und Geschirrinindustrie erhöht die am 9. November 1918 bestandenen Grundlöhne um 100 Proz.
3. Die Mitglieder des Verbandes Deutscher Luxusporzellanfabriken und der Vereinigung elektrotechnischer Fabriken Süd-Thüringens und Oberfrankens erhöhen die Friedenslöhne nach dem Stande vom 31. Juli 1914 um 125 Proz.
4. Sollte der jetzige Arbeitslohn bereits 100 Proz. bzw. 125 Proz. über den an genannten Daten bestandenen Grundlöhnen stehen, dann ist für den durch die Einführung des Achtstundentages entstehenden Lohnausfall eine entsprechende Vergütung zu gewähren.
5. Wo in einzelnen Betrieben einzelne Löhne unter dem Zwang der Verhältnisse eine abnormale Höhe erreicht haben, darf, nachdem der betreffende Arbeiter gehört, mit dem Arbeiterausschuß ein normaler Grundlohn erst gesucht werden, ehe die Puffschläge nach Ziffer 2, 3 und 4 erfolgen.
6. Die Zuschläge nach Ziffer 2 bis 4 erhalten Jugendliche bis zu 16 Jahren, einschl. der Lehrlinge, zur Hälfte.
7. Für Ueberstunden sind 25 Proz. und für Sonntagsarbeit 50 Proz. des Lohnes als Lohnzuschlag zu zahlen. Brenner (Scharfschirer) erhalten für die 48 Stunden pro Woche übersteigende Arbeitszeit die Ueberstundenzuschläge.
8. Die Arbeitgeber und Arbeitgeber-Organisationen werden die sogenannten wirtschaftsfriedlichen (gelben) Vereinigungen fortan sich selbst überlassen, sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
9. Die Vereinbarungen sollen gelten von der am 15. Dezember laufenden Lohnperiode ab.
10. Die Arbeitnehmer-Organisation hat dafür zu sorgen, daß die gleichen Arbeitsbedingungen auch in den Betrieben Geltung erlangen, die keiner Arbeitgeber-Organisation angeschlossen sind.
11. Die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeiter werden wieder in die Betriebe aufgenommen, in denen sie von dem Kriege beschäftigt waren, und nach Möglichkeit an ihre alten Plätze gestellt.
12. Entlassungen sollen erst dann erfolgen, wenn eine Beschränkung der Arbeitszeit auf 30 Stunden wöchentlich bereits notwendig wurde.
13. Die Unternehmerverbände sind bereit, einen Kollektiv-Arbeitsvertrag mit der Arbeiterorganisation abzuschließen.
14. Die Unternehmerverbände werden unseren Verband vor dem 15. Dezember über ihrerseits erfolgte Annahme oder Ablehnung dieser Vereinbarungen in Kenntnis setzen.

Für ein einheitliches Deutschland.

Die deutsche Revolution, die das Reich aus den Fesseln des Gottesgnadentums, des Militarismus und der Bureaucratie befreit hat, ist in Gefahr, den Zusammenhalt des Reiches zu sprengen. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches löste die Revolution in eine Reihe von Sonderrevolutionen auf, deren Früchte die Errichtung einzelstaatlicher Volksregierungen und Republiken wurden. So stark der großdeutsche Gedanke auch rege blieb und so begeistert der Anschluß Deutschösterreichs an die Deutsche Republik begrüßt wurde, so hinderte dieses Deutschbewußtsein doch nicht die Erstrebung von Absplitterungen und die Schaffung neuer Bundesrepubliken. So plant man im Norden die Losreißung der preussischen Nordseegebiete und deren Vereinigung mit Hamburg, Bremen und Oldenburg zu einer Sonderrepublik. Ein Teil der Hannoveraner möchte sich gleichfalls separieren und ihren welfischen Traum unter der republikanischen Freiheitsmütze weiterträumen. Auch in Rheinland hat die Abneigung gegen Preußen ähnliche Bestrebungen ausgelöst. Die Separationsgelüste der von polnisch sprechender Bevölkerung durchsetzten östlichen Landesteile scheinen es bei der Losreißung von Preußen nicht bewenden lassen zu wollen, sondern auf die Parole „Los vom Reiche“ und auf den Zusammenschluß mit dem polnischen Staat hinzuzusteuern. Auch in Deutschösterreich machen sich solche Selbstständigkeitsideen unter dem Rufe „Los von Wien“ bemerkbar, so in Tirol, von dem sich wieder das kleine Vorarlberg separieren will.

Bei diesen Zersplitterungsversuchen wirkt nicht allein der neue völkerrechtliche Grundsatz der Autonomie der Nationen als unklare Reflexion mit, sondern vor allem die Abneigung der Randländer gegen die Zentrale des Reiches. War diese Abneigung unter dem monarchischen System durch die Herrschsucht des zentralisierten Militarismus und der Bureaucratie genährt worden, so ist diese Wurzel des Übels heute beseitigt. Die Zentralgewalt im Reiche ist auf ein Minimum gesunken, die kaum noch den Namen Zentralregierung verdient. Es wird überall in allen Landesteilen, ja selbst in allen Gemeinden ziemlich selbständig und vielfach gegeneinanderregiert und in manchen Bezirken ist die Verwirrung über die Abgrenzung der maßgebenden Gewalten besonders groß. Auch steht es heute so, daß man sich weder im Süden, noch im Norden, im Osten oder Westen von Berlin besonders imponieren läßt, und jeder Tag bringt Proteste und Drohungen gegen die Reichszentrale, die deren reale Gewalt ziemlich zweifelhaft erscheinen lassen.

Mehr als die Herrschaft der Zentrale treibt die Furcht der Außengebiete vor dem Radikalismus, der sich in der Reichshauptstadt geltend macht, zu solchen Sonderbestrebungen. In Berlin hat jede Revolutionsströmung für sich allein so viel Anhänger, daß sie glaubt, auf eigene Faust operieren zu können, und alle auch gegeneinander arbeiten. Dabei fehlt es nicht an Ueberbietungen im Radikalismus, begleitet von kraftbewußten Drohungen und revolutionären Machtversuchen, sich durchzusetzen. In Berlin verschwinden solche Erscheinungen fast vollständig und werden von den Massen wenig ernst genommen. In der Presse aber, die getreulich über alle diese Vorgänge in sensationellster Aufmachung berichtet, erscheinen sie bedeutend vergrößert und als fürchtbarste Gefahr und wirken draußen so abschreckend, daß dadurch ein neuer Particularismus gemäßigter Republikaner großgezogen wird. Die einen befürchten von einer zu radikalen Zentralregierung zu tiefe Eingriffe in die Produktion, die anderen solche in

das Eigentum, dritte fürchten Eingriffe in die Ordnung des religiösen Lebens und wieder andere Vergewaltigungen ihrer nationalen Aspirationen.

Am meisten ist diese Stimmung genährt worden durch die Abneigung des radikalen Flügels der Sozialdemokratie gegenüber einer baldigen Einberufung der Nationalversammlung, die von der Zentralregierung am ersten Tage feierlich zugesagt worden ist, aber später in dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat unverbohlenen Bedenken begegnete. Man beabsichtigt, die revolutionäre Diktatur erst noch etwas zu verlängern, um die Revolution sich als soziale Umwälzung auswirken zu lassen, ehe man die Macht wieder an die demokratische Volksvertretung abtritt. Gerade dagegen lehnen sich alle rüchständigen, vor allem die bürgerlichen Schichten auf; in dem Gefühl, daß die Revolution der Zügelung bedarf, wenn nicht ihre Interessen völlig unter dieäder kommen sollen, suchen sie Schutz bei der Nationalversammlung. Ihre Annahme, daß diese in ihrer Mehrheit antisozialistisch sein werde, ist sicherlich falsch, aber wahrscheinlich wird sich nach dem Willen der Nationalversammlung die sozialistische Umgestaltung doch etwas langsamer vollziehen, als nach den Plänen übereifriger Verkünder der proletarischen Diktatur. Aber auch die gemäßigten Sozialisten halten die Einberufung der Nationalversammlung für das nächste und dringlichste Erfordernis, um überhaupt erst einmal eine anerkannte Zentralgewalt im Reiche zu schaffen und allen Maßnahmen derselben eine zweifelsfreie legislative Grundlage zu geben, um Macht in geltendes Recht umzuwandeln. Sie erwarten aber auch von der Nationalversammlung eine Ordnung der neuen Rechtsverhältnisse und eine Organisation der dieser entsprechenden Verwaltung, die das Geschaffene in das wirkliche Leben überführt. Der Streit um die baldige Einberufung der Nationalversammlung hat aber noch einen anderen, ungleich ernstern Hintergrund; es handelt sich um die Sicherung eines baldigen Friedensschlusses, an dem alle Volkskreise in gleichem Maße ein vitales Interesse haben. Leider muß befürchtet werden, daß die Alliierten den Friedensschluß mit Deutschland abhängig machen von dem Vorhandensein einer anerkannten Rechts-gewalt, die dafür volle Gewähr bietet, daß das gesamte Volk die Friedensbedingungen übernimmt. Daher wird jedes Sträuben gegen die Abtretung der legislativen Gewalt an die Nationalversammlung in weiten Kreisen des Volkes als eine Gefahr für den Frieden bewertet, woraus sich das Drängen nach allgemeinen Wahlen und die Voreingenommenheit gegen die jegliche ausübende Gewalt zur Genüge erklären dürfte.

Solang sich diese Strömungen des revolutionären Volkes im Rahmen des einheitlichen Deutschland bewegten, konnte man ihnen mit jener Gelassenheit zusehen, die alle Heilung von der Zeit und den praktischen Bedürfnissen des Lebens erwartet. Aber heute ist es bereits so weit, daß diese Strömungen den Rahmen des Reichs zu sprengen drohen. Es sind nicht mehr die polnisch bevölkerten Landesteile Preußens allein, die nach außen drängen, sondern auch in Süd- und Westdeutschland machen sich Loslösungsbestrebungen geltend, die den Weiterbestand des Deutschen Reiches gefährden. Diese Bestrebungen sind um so besorglicher, als sie zweifellos von den alliierten Mächten insgeheim gefördert werden und deren Interessen entsprechen. Ein selbständiges Rheinland und ein selbständiges Süddeutschland würden eine stärkere Machtoerringerung des künftigen Deutschland bedeuten, sowohl in strategischer, wie in wirtschaftlicher Hinsicht, und diese Staaten würden sich leicht gegen den deutschen Kumpfsstaat ausspielen lassen.

Umgekehrt wären die Nachteile einer Abspaltung dieser Landesgebiete vom Reich für das letztere so große, daß alles aufgeboten werden muß, um sie zu verhindern. Mit dem Rheinland ginge dem Reich ein großer Teil seiner Kohlen-, Erz- und Textilindustrie verloren, mit Süddeutschland ein Teil seiner Lebensmittelversorgung. Daß auch die losgelösten Teile bei der Abtrennung nicht gewinnen würden, insofern beide auf den Wirtschaftszusammenhang mit dem Reiche angewiesen sind, sollte zu bedenken geben, ehe man sich zu so einem Schritt entschließt. Jedenfalls darf nichts veräumt werden, die Einheit des Reiches zu erhalten und zu sichern, und die beschleunigte Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung in der Tat als das einzige wirksame Mittel, den separatistischen Strömungen den Boden zu entziehen. Es war vielleicht ein Fehler, den Deutschen Reichstag aufzulösen, ehe in anderes Bindemittel für die deutsche Nation eine Stelle treten konnte. Da er aber nun beseitigt ist, so gilt es, so bald als irgend möglich eine legale Volksvertretung zu schaffen, die im Namen aller Stämme und Massen des Reiches entscheiden kann.

Der Rat der Volksbeauftragten hat zunächst einmal eine Konferenz der republikanischen Regierungen des Reiches zu-

sammenberufen, eine Art revolutionären Bundesrat, um die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen mit der Vorfrage nach der Aktionsfähigkeit der Regierung, dem politisch-nationalen Zusammenhang und die wirtschaftlichen Beziehungen der Gliedstaaten zum Reiche zu erörtern. Das war sicher durchaus zweckmäßig, um zunächst einmal Klarheit über die nächsten Gesamtbedürfnisse der deutschen Nation zu schaffen und die revolutionären Kräfte auf diese nächsten Aufgaben hinzuweisen. Aber das enthebt nicht der Pflicht, das Volk selbst ordnungsgemäß zu berufen und ihm die Entscheidung über diese Fragen vorzulegen.

Die Reichskonferenz der Bundesstaaten fand am 25. November d. J. in Berlin statt. Sie wurde nach einer Eröffnungsansprache von Ebert, in der als Ziel der Reichspolitik die Sicherung der sozialistischen Demokratie und als nächste Aufgaben der Frieden und die Sicherstellung des wirtschaftlichen Lebens bezeichnet wurden, mit Referenten von Solf über die auswärtige Lage und von Erzberger über die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet. Solf verlangte, daß die Zentralgewalt keiner Kontrolle, die die Einzelstaaten nicht anerkennen, unterstellt werden dürfe, daß die Auslandsgeschäfte nur der Reichsregierung obliegen dürfen, und daß für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem mehr zentralgelegenen Ort zu tagen habe, ein baldiger Termin angefezt werden müsse. Erzberger betonte die Notwendigkeit eines baldigen Präliminarfriedens, der der Entente den Rechtstitel entziehe, in Deutschland einzurücken.

Der Vertreter Bayerns, Eisner, hielt darauf eine Rede gegen die bürgerlichen Minister, die er der Kontrerevolution verdächtigte, und verlangte, eine von Hemmungen freie demokratische und soziale Politik. Ihm sekundierten die Vertreter von Gotha, Sachsen und Braunschweig, während ihm die Vertreter für Anhalt und Hessen entgegentraten. Der Volksbeauftragte Barth-Berlin erklärte eine Konstituante für notwendig, wollte aber vorher ein Zentralparlament der Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen.

In der weiteren Debatte wandte sich die Mehrheit der baldigen Einberufung der Nationalversammlung zu, besonders nachdem der Volksbeauftragte Scheidemann dargelegt hatte, daß die angeblich technischen Schwierigkeiten für die Vorbereitung der Wahlen überhaupt nicht beständen. Auch die Darlegungen der Fachminister über die Schwierigkeiten in der Volksernährung, Demobilisierung im Wirtschaftswesen und im Finanzwesen machten tiefen Eindruck und vermehrten die praktischen Gründe für die Einberufung der Nationalversammlung.

Der Vorsitzende Ebert konnte daher am Schlusse der Reichskonferenz als deren Ergebnisse das folgende Resümee zur Annahme unterbreiten:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur Deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Außer diesen Leitsätzen wurde folgende Erklärung angenommen:

„Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die unge störte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.“

Die deutschen Bundesregierungen sind sich also darin einig, die Einheit des deutschen Volkes unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Es ist aber weiterhin erforderlich, daß auch die Bevölkerung der Außengebiete in geistlichem Sinne allen separatistischen Bestrebungen kräftig entgegenwirkt. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, besonders in Süddeutschland und in den Rheinländern, unverbrüchlich für die ungeschmälerte Reichseinheit einzutreten und sich durch keinerlei Versprechungen für die Begünstigung oder Duldung von Loslösungsmaßnahmen gewinnen zu lassen.

Aus unserm Berufe.

Waldenburg. Die „Schles. Bergwacht“ schreibt:

Die Porzellanarbeiter haben ihr Ziel erreicht! Fast sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Porzellanfabriken unseres Kreises sind Mitglieder der Organisation geworden. In den letzten Tagen fanden überaus stark besuchte Betriebsversammlungen statt, in denen sozusagen noch der letzte Rest der Unorganisierten aufgenommen wurde. Gauleiter Girsch referierte und erstattete Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern. Am 1. Dezember tritt der achttündige Arbeitstag und zugleich eine etwa 35prozentige Lohnerhöhung in Kraft. In den Versammlungen wurde der Forderung des Verbandsvorstandes, die eine Erhöhung aller Allord- und Zeitlöhne verlangte, derart, daß sie einschließlich der bisher bewilligten Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen mindestens 125 Prozent über den Friedenslöhnen stehen, einstimmig beigegeben. Diese Forderung wurde den Betriebsleitungen schriftlich überreicht. Bis eine Einigung darüber erzielt wird, sollen die für Schlesien provisorisch getroffenen Vereinbarungen in Kraft bleiben.

Wägen diese Zeilen ein Ansporn sein, für alle Porzellan- und Steingutarbeiter u., nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis das Ziel erreicht und auch der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin in jeder Porzellan-, Steingut- u. Fabrik unserm Verbandszugeführt ist. Es sind immer noch Tausende, die noch gewonnen werden müssen. Nur wenn sich alle mit ganzer Kraft an der Werbearbeit beteiligen, kann das Ziel erreicht werden.

Schmiedeberg i. Riesengebirge. Wie uns von dort berichtet wird, hat unser Gauleiter, Genosse Girsch, mit der Direktion der Porzellanfabrik verhandelt. Es ist das erste Mal, daß in der Schmiedeberger Porzellanfabrik ein Funktionär unseres Verbandes als der berechtigte Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt und zu Verhandlungen zugelassen wurde. Abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft in den jüngsten Tagen sich fast restlos unserem Verbandszugegeschlossen und damit die alten Wege verlassen hat, ist damit auch für die Zukunft der Weg geebnet, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schmiedeberger Porzellanarbeiter auf dem Verhandlungswege mit unserer Organisation zu regeln. Für die dortige Arbeiterschaft ein gewiß nicht zu unterschätzender Erfolg. Der achttündige Arbeitstag soll für die Porzellanfabrik ab 1. Januar 1919 zur Einführung gelangen und damit gleichzeitig eine 25prozentige Lohnerhöhung in Kraft treten. An der Arbeiterschaft wird es zu einem wesentlichen Teile selbst liegen, indem diese nunmehr auch an der Organisation festhält, wenn diese auf dem betretenen Wege vorankommen und nicht wieder ins alte Elend zurückfallen will. Ohne Organisation kein Fortschritt, ohne Organisation keine Erhaltung des Bestehenden, das dürfen unsere Kollegen in Schmiedeberg auch nicht für einen Augenblick vergessen.

Spandau. In einer Betriebsversammlung für die Porzellanfabrik von Halbenwanger (Inh. B. Schwarz) wurde ein Arbeiterrat von drei Personen nebst drei Erfahrenten gewählt und gleichzeitig verschiedene Forderungen aufgestellt, über die mit der Betriebsleitung verhandelt wurde mit folgendem Ergebnis:

1. Als berufene Vertretung aller im Betriebe Beschäftigten gilt der Verband der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen.
2. Entlassungen dürfen nicht erfolgen, eventuell nur nach erfolgtem Einverständnis mit dem Arbeiterrat.
3. Der Achttundentag wird am 1. Dezember eingeführt.
4. a) Allen gelernten Arbeitern (Drehern, Schleifern, Maschinisten, Modelleuren, Formgießern, Porzellangießern, Töpfern usw.) ist ein Mindeststundenlohn von 2,25 M. zu zahlen.
b) Die Brenner erhalten pro Stunde (aber nur bei achttündiger Arbeitszeit) 2,20 M.
c) Ungelernte Arbeiter erhalten 1,60 M. pro Stunde.
d) Ungelernte Arbeiter unter 16 Jahren erhalten 1,25 M. pro Stunde.
e) Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten einen Stundenlohn von 1 M.; werden dieselben im Allord beschäftigt, 25 Proz. Zuschlag.
5. In Zukunft muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die Ofen 2 und 3 vor Schluß der Arbeitszeit (der stinkenden Gase wegen) angebrannt werden. Die betreffenden Räume sind mit ausreichender Ventilation zu versehen.
6. Eine bessere Säuberung der Arbeitsräume hat zu erfolgen.
7. Ueberstunden werden (mit Ausnahme der Brenner) mit 25 Proz., Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt.
8. Nach erfolgter Einführung der achttündigen Arbeitszeit treten sämtliche vorstehenden Forderungen in Kraft.

Kurzum... die Firma veranlaßt, einleitende Schritte zu unternehmen, um zu einem kollektiven Arbeitsvertrag zu gelangen. Wir haben dem nichts weiter hinzuzufügen, wollen nur noch

bemerkten, daß in der Spandauer Porzellanfabrik unorganisierte Arbeiter oder Arbeiterinnen nicht mehr zu finden sind.

Die Arbeitslosenziffer in unserem Berufe zeigt ein ständiges Auf und Ab. Die Fabriken sind nach wie vor mit Aufträgen reichlich versehen, die ungenügende Belieferung mit Kohlen hindert aber dieselben, die Produktion so zu betreiben, wie es die Umstände erforderten. Diese Tatsache eribt sich auch aus dem Bericht der Unternehmer an das Reichsarbeitsamt für den Monat Oktober. In diesem wird gesagt: Die Steingutindustrie sowie die Porzellanfabriken sind gleich lebhaft wie bisher beschäftigt. Die Nachfrage nach Porzellanwaren ist seit längerer Zeit größer als die Lieferungsmöglichkeit. — Im Monat Oktober waren von unseren Mitgliedern arbeitslos 52 männliche oder 1,9 v. H., 206 weibliche oder 7,0 v. H., zusammen 258 oder 4,6 v. H. gegen 3,7 v. H. im Monat September d. J.

Nach Landesteilen geordnet waren arbeitslos in Berlin und Brandenburg 0,0, in Posen und Schlesien 1,1, in Provinz Sachsen und Anhalt 0,3, in Bayern (rechtsrheinisch) 4,6, in Königreich Sachsen und thüringische Staaten 4,6 v. H.

Der Mangel an Arbeitskräften, der bisher teilweise bestand, und der im verfloffenen Monat infolge der massenhaften Erkrankungen an der Grippe sich noch verschärfen mußte, wird ja nun in Wälden überwunden sein. Mit der Rückkehr der Feldgrauen erhalten die Betriebe einen Zuwachs an Arbeitskräften, der alle bisherigen Schwierigkeiten dieser Art beenden dürfte.

Die Mitgliederziffer ist im Oktober um rund 100 niedriger als im September, sie ist von 6563 auf 6464 gesunken. Ohne Zweifel ist dieser Rückgang trotz des lebhafteren Mitgliederzuganges auf die Streichungen wegen Beitragsresten zurückzuführen, die fast regelmäßig am Schlusse eines jeden Quartales vorgenommen werden müssen. An diesen Zahlen dürfen unsere Zahlstellenverwaltungen nicht achtlos vorübergehen, sie müssen Ansporn sein, das Restantenunwesen aufs schärfste zu bekämpfen und die Zahl der Beitragsrestanten auf das minimalste zu beschränken. Wiederholt haben wir schon darauf hingewiesen, daß der Erhaltung der einmal gewonnenen Mitglieder das allergrößte Interesse entgegen gebracht werden muß. Das erste Mittel hierfür ist, für eine geregelte und möglichst allwöchentliche Einlassierung der Beiträge Sorge zu tragen. Außerdem ist für regelmäßige Abhaltung der Zahlstellenversammlungen und in diesen für die notwendige Aufklärung über das Wesen und die Ziele unserer Organisation zu sorgen. Das dürfte jetzt notwendiger sein als jemals vorher. Die beiden letzten Wochen haben uns infolge der revolutionären Bewegung einen Zugang an Mitgliedern gebracht, wie wohl selten oder niemals vorher. In der verfloffenen Woche allein sind über 1500 Neuanmeldungen im Verbandsbureau eingegangen. Tausende von Unorganisierten, die heute noch in der Porzellan- und Steingutindustrie beschäftigt sind, müssen noch hinzukommen. Es darf kein Ruhen und Rasten geben, so lange nicht der letzte Mann, die letzte Frau in unserem Berufe unserem Verbandszugeführt ist. Aber nicht nur Mitglieder gilt es zu gewinnen, sondern Mittkämpfer zur Erringung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen im ganzen Berufe. Diese neuen Mitglieder zu Mittstreitern zu erziehen, sie davon zu überzeugen, daß ein Festhalten an der Organisation unbedingtes Erfordernis ist, wenn weitergeschritten werden soll auf dem einmal betretenen Wege, das ist eine ungleich schwierigere Aufgabe, als zu einer günstigen Zeit einmal eine größere Anzahl von Mitgliedern für den Verband zu gewinnen. Einmal Erreichtes muß unbedingt festgehalten werden. Vorwärts, von Etappe zu Etappe, muß auch unser Weg führen. Keine Kollegin, kein Kollege darf sich der Mitarbeit entziehen. Die nächsten Tage und Wochen müssen vollenden, was seit dem Tage der siegreichen Revolution begonnen wurde, soweit zunächst die Gewinnung der Unorganisierten in Frage kommt. Unorganisierte passen nicht mehr in das neue, freie Deutschland der Arbeit.

Vermishtes.

Erwerbslosenfürsorge in Groß-Berlin. Für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin haben die Gemeinden auf Grund des Erlasses der Regierung einheitliche Bestimmungen über Erwerbslosenfürsorge getroffen. Danach wird Erwerbslosenunterstützung gewährt allen arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden und zur Bestreitung ihres notwendigen Lebensunterhaltes auf Arbeit angewiesen sind. Voraussetzung zur Unterstützung ist, daß der Antragsteller in Berlin seinen Wohnsitz hat.

Die Unterstützung wird nach einer Erwerbslosigkeit von 6 Tagen gewährt, Kriegsteilnehmer haben diese Karenzzeit nicht zu erfüllen. Als Kriegsteilnehmer gilt nur, wer bei der Demobilisierung ordnungsgemäß entlassen ist. Die Höhe der Unterstützung beträgt für männliche Personen über 17 Jahre 4 M., im Alter zwischen 14 und 17 Jahren 3 M., für weibliche Personen über

17 Jahre 3 Mt., im Alter zwischen 14 und 17 Jahren 2,50 Mt., für die Ehefrau, für jedes Kind unter 14 Jahren, sowie für sonst im Haushalt lebende Personen wird ein Zuschlag von 1 Mt. pro Arbeitstag gewährt.

Die Kontrolle der Erwerbslosen liegt den zuständigen Arbeitsnachweiser, und der Erwerbslose ist verpflichtet, jede Arbeit, die ihm geboten wird, auch außerhalb seines Berufes und seines Wohnortes anzunehmen, soweit die angebotene Arbeit seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, wenn ferner ein angemessenes Entgelt dafür geboten wird und sonst kein triftiger Grund für die Ablehnung geltend gemacht werden kann. Freie Fahrt zur Reise in den Beschäftigungsort, sowie zur Reise in die Heimat wird aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung gewährt. Für die Mitglieder der Gewerkschaften ist die Auszahlung der Unterstützung und Kontrolle der Arbeitslosen den Gewerkschaften übertragen worden.

Versammlungsberichte.

Fürstenberg a. Weser. Am 3. Dezember tagte im Hotel „Sollinger Hof“ eine gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Porzellanfabrik. Zweck der Versammlung war eine Aussprache über den Wert der beruflichen Organisation für die hiesige Arbeiterschaft und Gründung einer Zahlstelle des Verbandes der Porzellanarbeiter. Nach einigen Erläuterungen wurde die Gründung einer Zahlstelle einstimmig beschlossen. Es traten sofort 65 neue Mitglieder dem Verbands bei. In der darauf folgenden Wahl einer Zahlstellenverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender: Heinrich Böker, Maler; Schriftf.: Karl Schmierreim, Dreher. Kassierer: Hermann Schäfer, Dreher; Beisitzer: Paul Grimm, Maler; Revisoren: Albert Preiß, Maler und Friedrich Schöppe, Schleifer. Als Vertrauensperson für die weiblichen Mitglieder wurde die Kollegin Frau Schmidt gewählt.

Anmerkung der Red. Wir begrüßen die Fürstenberger Kollegen bei ihrem Eintritt in unsere Reihen als Mitkämpfer für die Erreichung unserer gemeinschaftlichen Ziele und freuen uns der Tatsache, daß der Organisationsgedanke dortselbst wohl eine zeitlang niedergehalten, aber nicht erlöset werden konnte. Im allgemeinen Interesse der gesamten Porzellanarbeiterschaft wäre zu wünschen, daß überall dort, wo die Kollegen unserm Verbands noch fernstehen, das Beispiel der Fürstenberger Nachahmung finden möge.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Otto Böttner, Former, geboren am 2. April 1892 in Alledorf, gefallen am 17. Oktober 1918 im Westen durch Granatschuß. Mitglied der Zahlstelle Unterföddich.

Rudolf Müller, Dreher, geboren am 27. Juni 1870 in Langenau (Oberfranken), gestorben am 29. November an einem im Felde zugezogenen Lungenleiden. Mitglied der Zahlstelle Kahla.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Stadtilm. Emil Stredhardt, Maler, seit 1915 Invalide, geboren am 30. September 1879 in Stadtilm, gestorben am 11. November an Lungenleiden. Mitglied seit 1899. Ein tapferer Kämpfer für die Sache des arbeitenden Volkes, ein glühender Freiheitskämpfer, hat die Augen für immer geschlossen, dessen Andenken in den Reihen unserer Zahlstelle fortleben wird. Unserem Verbands gehörte er seit seinem 20. Lebensjahre ununterbrochen an.

Stadtilm. Lydia Richter, Brennhausarbeiterin, geboren am 5. April 1894 in Holenbrunn, gestorben am 26. Oktober an der Grippe und Lungenentzündung. Seit Gründung der Zahlstelle S. gehörte die Verstorbene dieser an und hat sich während der Zeit als eifriges Mitglied betätigt.

Frankfurt. Gustav Scheidig, Brenner, geboren am 11. Juli 1867 in Hagenthal, gestorben am 26. November an Lungenleiden. Mitglied seit 1912.

Köthen. Karl Ludwig, Dreher, geboren am 16. Juli 1858 in Berlin, gestorben am 19. November an Bronchialkatarrh und Grippe. Mitglied seit 1901.

Hajelbad. Frau Schmidt, Sortiererin, geboren am 5. Juli 1884 in Hajelbad, gestorben am 24. November an der Grippe. Mitglied seit 1917.

Kassel. Hermann Schubert, Dreher, geboren am 2. Juni 1868 in Renhausen, gestorben am 30. November nach zweijähriger Krankheitsdauer an Lungenleiden. Mitglied seit 1912. Dem verstorbenen Kollegen, der in den 27 Jahren seiner Mitgliedschaft unerschütterlich an den Zielen unseres Verbandes festgehalten und in seiner Liebe zum Verband auch in den Tagen nicht einen Augenblick wankend wurde, wird ein ehrendes Gedenken in unseren Reihen weit über das Grab hinaus gesichert bleiben.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen.

Colbitz. Schriftführer: Arno Pfeifer, Zschirra, Nr. 45. Revisoren: Paul Brunert, Badergasse 105. Frau Gsch, Saingasse 251.

Döbeln. Kassierer: Erwin Schuricht, Dittmannsdorf bei Geringswalde, Nr. 36.

Fürstenberg a. Weser. Vorsitzender: Heinrich Böker, Maler. Schriftführer: Karl Schmierreim, Dreher. Kassierer: Hermann Schäfer, Dreher. Revisoren: Albert Preiß, Maler und Friedrich Schöppe, Schleifer. Vertrauensperson für die weiblichen Mitglieder Frau Schmidt. Beisitzer: Paul Grimm, Maler.

Hajelbad. Kassierer: Frida Engler, Nr. 64.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Sonnabend, 14. Dezember, pünktlich abends 8 Uhr, Zahlstellenversammlung. Unsere Lohnbewegung. Bericht und Stellungnahme zu derselben. Keiner darf fehlen.

Eisenberg. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8 Uhr, Zahlstellenversammlung bei Max Obst.

Erfurt. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8 Uhr, bei Lohje in Viehla.

Fraureuth. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Volkstädt. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Suhl. Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in „Dombergs Ansicht“.

Bonn. Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 13.

Gräfenhain. Sonnabend, 28. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Steiger“, Verwaltungswahlen.

Arbeitsmarkt.

Zu möglichst sofortigem Eintritt werden gesucht:

**2 Dreher für Flachgeschirre, 2 Dreher für Hohlgeschirre,
1 Freidreher für elektrotechnische Artikel,
1 erster Stanzer, 1 jüngerer Stanzer,
1 Formgießer, 1 Rapseldreher, 1 Massemüller,
1 Glühbrenner, 1 Glatzbrenner, 2 Brennhausarbeiter,
1 Schmelzer.**

Rheinische Porzellanfabrik, G. m. b. H.
Manheim-Käferthal.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm.

Berfolge dich, wer kann, mit Schwämmen,

da nicht nur in Deutschland, sondern auch bei den Neutralen kein Vorrat und viele Monate vergehen, ehe neue Importen hereinkommen. Offerierte Jhmocca, Levantiner Elefantenoehren, Hardhead, Schwämme für Dreher, Garnierungs- und Brennereschwämme in diversen Größen und Preislagen, und in ganzen Partien.

H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlauer Str. 42.

**Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere
Pinself, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen
überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft
Max Haupt, Dresden-A., Böhmisch-Platz 17.**

Goldflaschen, alle goldhaltigen Malrückstände

kauft bei schneller, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5- und 10-Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahle 4 Pf. pro Stück.

H. Langhammer, Witten bei Zwickau, Sa.

**Alle Malrückstände, Goldflaschen,
goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.**

kauft zu höchsten Preisen

**Otto Seffert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32,
Schnelle, reelle Bedienung**

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen
sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen**

kauft M. Köpfer, Dresden-A., Gerichstr. 8 II.

Beste Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Veranst. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 28.